

Eulen-Interview mit Susanne Schröter, FFGI Frankfurt

Die Ethnologin und Islamwissenschaftlerin [Susanne Schröter](#) leitet das Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam (FFGI) der Goethe Universität. Dabei versucht sie zwischen Wissenschaft, Politik und Gesellschaft zu vermitteln, damit das Wissen über die Zusammenhänge von islamischer Religion, Kultur und den globalen Entwicklungen auch ein breites Publikum findet. In Ihrem Buch „[Gott näher als der eigenen Halsschlagader. Fromme Muslime in Deutschland](#)“ (2016), hat sie die Arbeit von drei Jahren Forschung in Wiesbadener Moscheegemeinden zusammengetragen.



©ffgi

Trotz aller wissenschaftlichen Sachlichkeit, sind ihr gerade die Wahrnehmung von Säkularisierungsprozessen, im Islam wie in der Gesellschaft, ebenso ein Anliegen, wie die Überwindung einer auf Theologie zentrierten Politik und eines Umgangs mit „dem Islam“, der Vielfalt und Tiefenschärfe außer acht lässt.

Frau Schröter, die Islamdebatte in Deutschland kommt nicht zur Ruhe, siehe Äußerungen von Horst Seehofers, ob der Islam zu Deutschland gehört. Sehen Sie hier die oft reflexhaften Beiträge aus der Politik als hilfreich an?

Es handelt sich meiner Meinung nach um einen Effekt unserer immer pluralistischer werdenden Gesellschaft, in der alte Gewissheiten verloren gehen. Die Frage nach dem identitären „Wir“ mit allen dazu gehörenden Implikationen, d.h. der Definition von Zugehörigkeit sowie möglichen Ein- und Ausschlüssen von Gruppen, stellt sich nur in Transformationsphasen. Außerhalb dieser Phasen gibt es keinen Grund sich mit solchen Dingen auseinanderzusetzen. Zunehmende Multikulturalität ist eine Stresssituation, in der das Bedürfnis nach Selbstvergewisserung stark wird. Insbesondere dann, wenn Zuwanderer selbst mit starken kollektiven Identitäten aufwarten, wie wir beispielsweise bei einem Teil der Türkeistämmigen oder auch bei Muslimen sehen. Das fordert selbst diejenigen, die Konstruktionen wie Nation oder Heimat eher ablehnend gegenüber stehen, heraus, auch ein Kollektiv zu benennen, dem sie angehören. Dahinter steht die Angst, als Individuen dem Ansturm neuer Kollektive nicht gewachsen zu sein. Die Benennung eines adäquaten Kollektivs, mit dem man sich identifizieren kann, ist allerdings alles andere als einfach. Der Begriff des „Volkes“ wurde aus gutem Grund beiseite gelegt, der der „Nation“ ist ebenfalls nicht unproblematisch und was denn die deutsche Kultur sein soll, darüber muss man erst mal nachdenken. Der Bezug auf die Verfassung taugt nur begrenzt, weil Identität auch etwas emotional aufgeladenes ist, die Idee der Leitkultur, die auf den syrisch-stämmigen Politikwissenschaftler Bassam Tibi zurückgeht, wurde jahrelang politisch in die rechte Ecke gestellt und die neue Beschwörung des Christlichen ist angesichts der schwindenden Bindekraft der Kirchen anachronistisch. Eine positive Bestimmung fällt jedenfalls aus vielerlei Gründen schwer, obwohl es begründete Proteste gab, als die ehemalige Staatsministerin für Integration Özogus den Deutschen jegliche eigene Kultur absprechen wollte. Eine negative Benennung gelingt meist einfacher. Es fällt leichter zu artikulieren, wen und was man als fremd empfindet, als zu definieren, was denn das Eigene ist. Gegenwärtig sind es Muslime, die die Rangliste des kulturell Fremden anführen. Das liegt an

dem Auftrumpfen von Verbandsvertretern, die unablässig Sonderrechte für die eigene Community fordern und abschlägige Bescheide postwendend als „islamophob“ brandmarken, aber auch an den vielen geplanten oder sogar durchgeführten Anschlägen im Namen des Islam. Deshalb sind viele Menschen der Ansicht, der Islam gehöre nicht zu Deutschland, und deshalb lässt sich mit diesem Statement Politik machen. Leider sind die Beiträge zu diesem Thema, gleich ob sie die Frage positiv oder negativ beantworten, meist so unterkomplex, dass sie keinen sinnvollen Beitrag zu dem genannten Problem darstellen. Sie erschöpfen sich vielmehr in hohler Rhetorik und lassen sich dadurch beliebig von unterschiedlichen politischen Lagern instrumentalisieren.

Wir Säkularen Sozis wollen die islamische Vielfalt und Säkularisierungsprozesse, auch unter Musliminnen wie Muslimen, stärker in den Blick nehmen. Fehlt es hier an politischer Wahrnehmung?

Es fehlt definitiv an einer Wahrnehmung der Realität. Der Islam ist eine heterogene Religion mit vielen unterschiedlichen Strömungen, wird aber von Akteuren aus Politik und Zivilgesellschaft regelmäßig auf die Form verengt, die von konservativen oder sogar fundamentalistischen Verbänden angeboten wird. Es ist unbegreiflich, warum Verbandsvertreter ohne Not als einzige Repräsentanten „des“ Islam in Beiräte und andere Gremien gerufen werden, liberale, humanistische und säkulare Muslime und Musliminnen aber keine Beachtung finden. Selbst vor Kooperationen mit DITIB scheuen viele Politiker und zivilgesellschaftliche Dialogbeauftragte nicht zurück, obgleich in den vergangenen Jahren vielfach nachgewiesen wurde, dass die Organisation nichts anderes ist als ein Instrument der türkischen Regierung, um ihre Politik in Deutschland durchzuexerzieren. Kriegspropaganda, Einschwören auf einen heiligen Krieg im Namen Allahs, Märtyrerkult und aggressive Anti-Integrationsrhetorik werden entweder verdrängt oder in Kauf genommen, weil man glaubt, Muslimen dadurch die viel beschworene „gesellschaftliche Teilhabe“ gewähren zu können. Unverdrossen versucht man in den Verbänden das Pendant christlicher Kirchenvertreter zu finden, obwohl unübersehbar ist, dass in dieser Religion keine vergleichbaren hierarchischen Strukturen existieren. Der Schaden, der entsteht, weil man alle Muslime und Musliminnen verprellt, die demokratisch und säkular gesinnt sind, ist immens.

Konkret zu unserem [kleinen Positionspapier](#): Sie sehen die Ablehnung einer „Moschee-Steuer“ eher kritisch. Warum?

Wenn wir wollen, dass die Moscheen vom Ausland unabhängig werden und Imame eingestellt werden, die an deutschen Universitäten ihren akademischen Abschluss gemacht haben, müssen wir uns Gedanken um die Finanzierung der Moscheen machen. Die Gemeindemitglieder werden dies aus eigenen Mitteln nicht stemmen können oder wollen. Das jedenfalls signalisieren sie unablässig. Aus diesem Grund, und auch um keine Benachteiligung gegenüber den Kirchen zu verfestigen, würde ich ein Steuermodell befürworten. Das kann eine Moscheesteuer sein, die der Kirchensteuer vergleichbar ist, es könnte aber auch eine Abgabe auf Produkte sein, die als „halal“ zertifiziert sind.

Sie verweisen in ihren Beiträgen immer wieder auf eine politische Teilhabe von Musliminnen und Muslimen auch jenseits der Islamverbände, weil deren Vertretungsanspruch mitunter zu weit geht. Gibt es hier Bewegung in der

Politik? Werden auch liberale und säkulare Stimmen gehört?

Im Moment wird zwar von einzelnen politischen Akteuren bekundet, dass man die Kooperationen mit Muslimen auf breitere Füße stellen und auch die liberale Muslime einbeziehen möchte, doch in der Praxis ist davon noch wenig zu sehen. Ein erster Schritt wäre, die Islamkonferenz für Liberale und Säkulare zu öffnen, so wie es bei der ersten Runde ja der Fall war. Sowohl auf Länder- als auch auf Bundesebene müssten neue Gruppen geschaffen werden, um Muslime in ihrer Heterogenität zu repräsentieren. Das muss natürlich gegen den Widerstand der Fundamentalisten durchgesetzt werden, die einen exklusiven Vertretungsanspruch besitzen und gern behaupten, für alle Muslime zu sprechen.

Wir Säkularen Sozis betonen die Wichtigkeit von islam- und kulturwissenschaftlichen Analysen, die einer „vereinfachenden Theologisierung“ entgegenwirken. Sehen sie eine „Theologisierung der Politik“ und was können politisch engagierte Gruppen dagegen tun?

Leider wird nicht der Säkularismus gegen den politischen Islam aufgebaut, sondern man versucht einen Rückgriff auf das Christentum als neue Leitkultur. Das ist der gesellschaftlichen Realität nicht angemessen und führt auch politisch in die Irre. Grundsätzlich sollte die Politik in einer pluralistischen Gesellschaft neutrale Räume schaffen, um Konflikte im Namen von Religionen zu begrenzen. Staatliche Einrichtungen sind der Gleichberechtigung und Gleichbehandlung aller Bürger und Bürgerinnen verpflichtet, unabhängig von Herkunft, Weltauffassung, Hautfarbe, Geschlecht oder anderen Markierungen. Das kann nur gelingen, wenn auch Religionen, religiöse Symbole und Religionszugehörigkeiten keine privilegierte Rolle einnehmen.